Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 292. Donnerstag den 19. October 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder des Rathes und des Stadtverordneten-Collegiums werden zu einer

Mittwoch, den 25. October d. J. Abends 6½ Uhr

im Saale der 1. Bürgerschule abzuhaltenden gemeinschaftlichen öffentlichen Sitzung eingeladen.

Zweck der Sitzung ist die Vornahme der Wahl von Vertrauensmännern für den Ausschuß zur Feststellung der Schöffen- und Geschwornenlisten.

Leipzig, den 16. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Pflasterungsarbeiten wird die **Hallesche Straße**
von **Mittwoch, den 18. ds. Mts.** ab
für den durchgehenden
und von **Freitag, den 20. ds. Mts.** ab
für allen unbefugten Fahrverkehr
bis zur fertigstellung der Arbeiten **gesperrt.**

Leipzig, den 16. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Im hiesigen Johannishospitale ist zum 15. November d. J. die Stelle einer Krankenwärterin mit einem Wochenlohne von vorläufig 8 ℳ, ferner mit Beköstigung wie die der Hospitaliten, freier Wohnung, einem Feuerungsdeputat von 1.6 Cbm. Holz und 10 Centner Braunkohlen, sowie mit freier Beleuchtung wieder zu besetzen.

Auf diese Stelle reflectirende geprüfte oder mindestens geschulte Krankenwärterinnen haben ihre eigenhändig geschriebenen Gesuche nebst Zeugnissen bis spätestens den 3. November d. J. auf hiesigem Rathhause, bei unserer Rentiatur einzureichen.

Leipzig, den 17. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwitz.

Bekanntmachung.

Im Monat September d. J. gingen beim Armenamte ein

an Geschenken:

2 ℳ 50 ₰	Restzahlung in einer Klagsache M. und G./R. durch das Gewerbeschiedsgericht.							
5	"	—	"	als Sühne in Sachen	F. R./M. L.	durch Herrn Friedensrichter Wünschmann.
3	"	—	"	"	"	"	C. F./E. St.	
1	"	—	"	"	"	"	E. Sch./S. N.	
1	"	—	"	"	"	"	der Frau F./Frl. A. M.	
15	"	—	"	"	"	"	W. A. R.	
2	"	—	"	"	"	"	S./G.	durch Herrn Friedensrichter Conrad.
5	"	—	"	"	"	"	A./B.	
4	"	—	"	"	"	"	D./P.	
10	"	—	"	"	"	"	A./L.	
5	"	—	"	"	"	"	B./F.	
5	"	—	"	"	"	"	H./B.	
5	"	—	"	"	"	"	H./P.	durch Herrn Friedensrichter G. L. Jansen.
2	"	—	"	"	"	"	St./K.	
4	"	—	"	"	"	"	H./A	
2	"	—	"	"	"	"	T./G.	
2	"	—	"	"	"	"	D./B.	
20	"	—	"	"	"	"	F. B./G. R.	durch Herrn Friedensrichter B. Nagel.
31	"	—	"	"	"	"	A. M./J. C.	
2	"	—	"	"	"	"	L. B./F. B.	
126 ℳ 50 ₰								

Leipzig, am 14. October 1882.

Das Armen-Amt.
Ludwig-Wolf. Lange.

Nichtamtlicher Theil.

Die Reform der Türkei.

In Said Pascha ist der Pforte ein zweiter Midhat Pascha erstanden. Die Nothwendigkeit einer Reorganisation war schon bei Lebzeiten von Abdul Aziz erkannt worden, aber die Ermordung oder der Selbstmord des Sultans im Jahre 1875 hatte den Fortbestand des türkischen Staatswesens in Frage gestellt und die Reformen, welche Midhat Pascha zuerst unter Murad V. und später unter Abdul Hamid einführte, mußten den an den starren Despotismus gewöhnten neuen Herrscher um so verderblicher erscheinen, als er den Tod von Abdul Aziz als die Folge der Neuerungen Midhat Pascha's betrachten mußte. Obwohl der Sultan daran wahrscheinlich Unrecht gethan, so konnte er sich doch nicht enthalten, Midhat Pascha als den vermeintlichen Urheber alles Unheils, was das Haus Osmans betroffen, in echt orientalischer Weise gefangen nehmen und aus seinem Angesicht nach Taif in Arabien verbannen zu lassen.

Inzwischen ist über die Türkei im Jahre 1877 ein schweres Verhängniß in Gestalt des russisch-türkischen Krieges gekommen. Zerschlagen und zerstückelt ist das morsche Staatswesen aus diesem schrecklichen Kriege hervorgegangen. Bulgarien und Ostrumelien hängen nur noch äußerlich mit der Türkei zusammen, Oesterreich-Ungarn hat Bosnien und die Herzegowina in Besitz genommen, England hat die Insel Cypern erworben und Griechenland endlich hielt die Gelegenheit für günstig, seinen Flächeninhalt zu verdoppeln. Der asiatische Besitz der Türkei ist nur noch dem Namen nach vorhanden und die letzten Monate haben Abdul Hamid darüber ins Klare gesetzt, daß Egypten kein türkischer, sondern ein englischer Vasallenstaat ist.

Die neuesten trüben Erfahrungen scheinen auf Abdul Hamid nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Zuerst machte er seinen Großvezier Said Pascha für die egyptische Katastrophe verantwortlich, dann suchte er England, wo es nur irgend möglich war, zu verletzen durch das Verbot an die von England gemietheten Maulthiertreiber, türkisches Gebiet zu überschreiten, oder durch die Verhinderung der Landung von Arbeitern, welche die Engländer entlassen hatten; endlich sollte sogar der „Times" die Türkei verschlossen werden und nur das Versprechen des Konstantinopler Correspondenten der „Times", daß er seinen Einfluß aufwenden werde, um die Sprache des Weltblattes gegen die Türkei zu mildern, konnte den Sultan bewegen, das schon dem Ministerium übersandte Irade zurückzuziehen.

Bei solcher Sachlage muß die Nachricht um so mehr überraschen, daß Said Pascha dem Sultan einen Reform-Entwurf unterbreitet hat, nach welchem der Einfluß der Westmächte wieder hergestellt werden soll, während mit den übrigen Mächten nur Handelsverträge abzuschließen wären. Im Innern soll die Verwaltung von Grund aus verändert, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz erlassen und ein wohldisciplinirtes Gendarmeriecorps zum Schutze von Ackerbau und Industrie geschaffen werden. Falls der Sultan auf die Absichten Said Pascha's eingeht, so will dieser ein neues Ministerium aus Männern bilden, welche den alten türkischen Ueberlieferungen anhängen. Diese ganze Meldung wimmelt von Widersprüchen. Zunächst fragt man sich billig, was den Sultan veranlassen könnte, nach den neuesten Erfahrungen in Egypten den Westmächten wieder den früheren Einfluß auf die Türkei zu gewähren; das sieht ja fast aus, wie eine Politik, die ihre Spitze gegen Deutschland richtet. Der Graf v. Hatzfeldt, welcher seit dem 9. October zum Staatssecretair des Auswärtigen ernannt ist, hat es durch seine Geschicklichkeit dahin gebracht, den überwiegenden Einfluß der andern Mächte in Konstantinopel zu brechen und den deutschen Einfluß zum maßgebenden zu machen. Sollte der Sultan jetzt Deutschland für die eigenen Fehler verantwortlich machen wollen. Weshalb hat er sich geweigert, in Egypten zu interveniren, als England noch nicht zu den Waffen gegriffen hatte? Weshalb hat er die Militair-Revolte Arabi's unterstützt, statt sie niederzuschlagen? Sollte Abdul Hamid es jetzt für gerathen halten, sich seinen Feinden mit gebundenen Händen auszuliefern? Das klingt sehr unwahrscheinlich!

Nicht weniger abenteuerlich erscheint der Vorschlag, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz zu erlassen. Wen sollen die Minister verantwortlich sein? Im absoluten Staate sind die Minister nur dem Herrscher verantwortlich, dieser ernennt sie und setzt sie ab nach Belieben; dazu bedarf es keines besonderen Gesetzes. Giebt es ja selbst constitutionelle Staaten ohne gesetzlich geregelte Ministerverantwortlichkeit. Die erste Voraussetzung derselben ist aber das Vorhandensein einer Volksvertretung; der Versuch einer solchen ist allerdings unter Midhat Pascha einmal gemacht worden, aber die Herren sind nach kurzem Zusammensein wieder nach Hause geschickt worden auf Nimmerwiedersehen. Soll vielleicht jetzt eine neue Auflage jener tragikomischen Episode folgen? Unglaublich. Endlich soll ein wohlorganisirtes Gendarmeriecorps zum Schutze von Ackerbau und Industrie gebildet werden. Hat man jemals gehört, daß diese beiden Gebiete friedlicher Thätigkeit unter halbmilitairischen Schutz gestellt wurden? Das muß entschieden ein Irrthum sein. Zur Gewißheit wurde diese Vermuthung, wenn man sich den Schlußvorschlag Said Pascha's vergegenwärtigt, nach welchem die Ausführung der neuen Ideen Leuten übertragen werden soll, die den alten Traditionen anhängen. Das Ganze klingt, als ob sich irgend Jemand mit Erfindung des angeblichen Reformprogrammes einen ungezogenen Scherz erlaubt hätte. Die Aufklärung des Sachverhaltes muß alsbald erfolgen und es kann nicht ausbleiben, daß das angebliche Programm Said's dadurch sehr erhebliche Abänderungen erfährt. Aber ganz ohne thatsächliche Grundlage scheint die seltsame Nachricht doch nicht zu sein, und zwar scheint sie mit einem Vorgang in Verbindung zu stehen, welcher den Sultan allerdings stutzig machen und ihn zu der Einsicht bringen sollte, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann.

Eine Deputation aus dem Libanon hat sich nämlich Beschwerde führend über die willkürliche Verwaltung Rustem Pascha's nicht blos an die Pforte, sondern auch an die fremden Botschafter gewendet. Das ist ein sehr bedenklicher Fall, daß die Unterthanen eines absoluten Herrschers unter seinen Augen Schutz bei den Vertretern fremder Mächte gegen die Gewaltthat eines ihnen von der Regierung als Oberhaupt gesandten Beamten sucht. Wenn es so weit gekommen ist mit der Mißregierung, dann ist die Auflösung des ganzen Staatswesens unmittelbar bevorstehend, und an solchen vollständig verdorbenen Verhältnissen kann selbst die radicalste Reform nichts mehr ändern, im Gegentheil kann dadurch der Auflösungsprozeß nur beschleunigt werden. Der Ruf nach Reformen ertönt nun in Konstantinopel schon seit Menschengedenken; von Zeit zu Zeit wird ein Anlauf nach dieser Richtung hin unternommen, dann wird es aber bald wieder still davon und die Dinge lenken bald wieder in den alten gewohnten Gang ein. Welche Hoffnungen wurden auf das Reformwerk Midhat Pascha's gesetzt? Sie sind vergeblich gewesen und der Reformator ist das Opfer seines Patriotismus geworden. Auch das Reformwerk Said Pascha's wird früher oder später denselben Weg gehen, vorausgesetzt, daß es überhaupt bis zum Anfang der Ausführung gedeiht.

Leipzig, 19. October 1882.

Die erste Sitzung des Bundesraths nach dessen Vertagung wurde am 16. October d. J. Nachmittags 2 Uhr unter dem Vorsitze des Staatsministers von Boetticher abgehalten. Aus dem Bundesrathe sind ausgeschieden: der Staatsminister Bitter, der Generaldirector der badischen Staatseisenbahnen Eisenlohr und der Geheime Referendar Ministerialrath Lepique. Ernannt sind von Preußen: der Staatssecretair des Reichsschatzamts Burchard und der Director im Reichsschatzamt Aschenborn zum Bevollmächtigten und bezw. stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrathe; von Baden: der Ministerialrath Seubert zum stellvertretenden Bevollmächtigten. Auf Grund der Bestimmungen in Artikel 8 der Reichsverfassung sind durch Se. Majestät den Kaiser ernannt zu Mitgliedern: des Ausschusses des Bundesraths für das Landheer und die Festungen, in welchem Preußen und Baiern auf Grund der Verfassung vertreten sind: Königreich Sachsen, Württemberg, Baden, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Coburg-Gotha; des Ausschusses des Bundesraths für das Seewesen, in welchem Preußen auf Grund der Verfassung vertreten ist: Baiern, Königreich Sachsen, Mecklenburg-Schwerin, Hamburg. Bei der von der Versammlung vorgenommenen Wahl der Staaten in dem III. bis XI. Ausschuß wurden gewählt in die Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen: Baiern, Königreich Sachsen, Württemberg, Baden, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, und als Stellvertreter Hessen, Großherzogthum Sachsen; für Handel und Verkehr: Baiern, Königreich Sachsen, Württemberg, Hessen, Großherzogthum Sachsen, Hamburg, und als Stellvertreter Lübeck; für Eisenbahnen, Post und Telegraphen: Königreich Sachsen, Baden, Hessen, Großherzogthum Sachsen, Sachsen-Altenburg, Lübeck, und als Stellvertreter Württemberg; für Justizwesen: Baiern, Königreich Sachsen, Württemberg, Hessen, Braunschweig, Lübeck und als Stellvertreter Baden, Schwarzburg-Rudolstadt; für Rechnungswesen: Baiern, Königreich Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Braunschweig und als Stellvertreter Mecklenburg-Schwerin; für die auswärtigen Angelegenheiten: Baden, Mecklenburg-Schwerin; für Elsaß-Lothringen: Baiern, Königreich Sachsen, Württemberg, Baden, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig und als Stellvertreter Hessen, Lübeck; für die Verfassung: Baiern, Königreich Sachsen, Württemberg, Baden, Oldenburg, Sachsen-Meiningen; für die Geschäftsordnung: Baiern, Württemberg, Hessen, Großherzogthum Sachsen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt. Der Vorsitzende machte hierauf Mittheilung über die während der Vertagung des Bundesraths eingegangenen und den zuständigen Ausschüssen überwiesenen Vorlagen und Eingaben und brachte das Ergebniß der Verification der Arbeiten am Gotthard-Tunnel zur Kenntniß der Versammlung. Auch legte derselbe eine Benachrichtigung vor wegen Ernennung des Finanzministers Scholz zum Mitgliede des Curatoriums der Reichsbank. Den Vorschlägen des Vorsitzenden in Betreff der Wiederbesetzung erledigter Stellen bei verschiedenen kaiserlichen Disciplinarkammern trat die Versammlung bei. Gemäß dem Antrage Preußens wurde beschlossen, daß am 10. Januar 1883 eine allgemeine Viehzählung für das deutsche Reich vorzunehmen sei; die zur Ausführung der Viehzählung von Preußen vorgeschlagenen Bestimmungen und Formulare fanden die Billigung der Versammlung. Die Beschlußfassung über den weiteren Antrag Preußens wegen Erhebung einer Anbau-Statistik im Sommer 1883 wurde ausgesetzt, und die Vorlage, betreffend die Auslegung einer Bestimmung des Consularvertrags mit Spanien, an die betheiligten Ausschüsse zurückverwiesen. Schließlich erfolgte die Ueberweisung einer größeren Zahl während der Vertagung des Bundesraths eingegangenen Eingaben an die zuständigen Ausschüsse zur Vorberathung.

Ueber den neuen Staatssecretär des Auswärtigen Amts, dessen gleichzeitige Ernennung zum preußischen Staatsminister wir bereits mitgetheilt haben, entnehmen wir einem Artikel der „Voss. Ztg." Folgendes:

Melchior Hubert Paul Gustav Graf v. Hatzfeldt-Wildenburg ist am 8. October 1831 zu Düsseldorf geboren. Er gilt für einen der jüngsten Köpfe in der ganzen deutschen Diplomatie, für einen überaus scharfsinnigen, klar beobachtenden, ruhigen und im Nothfalle ebenso schneidigen Politiker, für einen äußerst liebenswürdigen Menschen und vollendeten Cavalier. Jedenfalls ist er eine Persönlichkeit, der Fürst Bismarck sein volles Vertrauen schenkt. Der neue Staatssecretär ist kein jüngstiger Diplomat, der die dergestalt vorgeschriebene Laufbahn durchgemacht und auf der steilen Leiter der Staatswürden langsam eine Stufe nach der andern zurückgelegt hat. Als der Sohn des Grafen Edmund Hatzfeldt und dessen kürzlich in Wiesbaden verstorbenen Gemahlin, der bekannten Freundin Lassalles und Gönnerin der socialdemokratischen Bestrebungen, wurde Graf Paul in seiner zarten Jugendzeit durch die traurigen Vorgänge im Elternhause in der bedauerlichsten Weise in Mitleidenschaft gezogen, s. a. in dem bekannten Ehescheidungsprozeß in Köln mit als Zeuge vernommen ꝛc. In Paris finden wir später den Grafen Hatzfeldt als Attaché bei der Gesandtschaft, dort verheirathete er sich auch im Jahre 1863 mit Fräulein Helene Moulton, der in Frankreich geborenen Tochter einer amerikanischen Familie. Während des Feldzuges 1870/71 gehörte Graf Hatzfeldt zu der nächsten Umgebung des Reichskanzlers, und recht bezeichnend für die Stellung, die der nunmehrige Staatssecretär damals einnahm, ist der Umstand, daß Moritz Busch, der in seinem Buche „Graf Bismarck und seine Leute" die Gewohnheit desselben, die meisten der „Leute" mit spöttischen Bemerkungen zu verfolgen, vom Grafen Hatzfeldt stets in Ausdrücken großer Achtung spricht. Nachher ging Hatzfeldt als Gesandter nach Madrid. Einer in diplomatischen Kreisen vielfach erzählten Geschichte zufolge soll er dort einmal einen gemessenen Befehl des Fürsten Bismarck nicht befolgt, sondern das gerade Gegentheil davon gethan, diese Eigenmächtigkeit aber so vorzüglich zu begründen gewußt haben, daß Fürst Bismarck — dem Graf Arnim bekanntlich die Aeußerung zugeschrieben: „Meine Botschafter müssen einschwenken wie die Unteroffiziere" — den Ungehorsam des Gesandten mit großem Lobe anerkannte. Während seines Aufenthalts in Madrid galt Hatzfeldt in den Kreisen seiner Berufsgenossen als ein Diplomat, der „Haare auf den Zähnen hatte"; in weiteren Kreisen wurde er erst bekannt, als das Vertrauen des Kaisers ihn auf den Botschafterposten nach Konstantinopel sandte. Diese Stelle, die in den letzten Jahren mehrmals den Inhaber gewechselt hatte (nacheinander waren Graf Brassier de St. Simon, Herr v. Krudell, Herr v. Eichmann, Baron v. Werther und Prinz Reuß als Vertreter des deutschen Reichs am Bosporus gewesen) hat Graf Hatzfeldt zu der ganzen Bedeutung emporgehoben, die ihr mit Rücksicht auf die Stellung Deutschlands im europäischen Concert und auf die Nothwendigkeit, die „orientalische Frage" fortdauernd „diplomatisch" zu behandeln, schon lange zukam, die sie aber bisher nicht zu erlangen vermocht hatte. Seit Jahrzehnten war fremder Einfluß auf der hohen Pforte und im Sultanspalaste maßgebend gewesen, aber bis zur Ankunft des Grafen Hatzfeldt in Konstantinopel hatten sich ausschließlich England, Frankreich und Rußland in diesen Einfluß getheilt. In dem Wechselspiel der Intriguen, das sich in bunter Abwechslung unausgesetzt am Goldenen Horn weiterspann, bekam bald der englische bald der französische, bald der russische Botschafter Oberwasser, bald auch vereinigten sich zwei Mitglieder dieses Trios gegen den dritten und spielten so lange gemeinsame Karte, bis irgend eine Kreuzung der Interessen sie aus Verbündeten wieder zu Gegnern machte. Der deutsche Vertreter hatte niemals irgend welchen politischen Einfluß besessen, höchstens, wenn er glänzend repräsentirte, wie es der Prinz Reuß beispielsweise that, gelang es ihm, sich eine gewisse gesellschaftliche Stellung zu erobern. Graf Hatzfeldt hat die orientalische Politik in dieser Beziehung vollständig über den Haufen geworfen. Ihm gebührt das Verdienst, dem deutschen Einfluß in Konstantinopel die gebührende Stellung verschafft, gesichert und erhalten zu haben. Und er hat dies erreicht, Dank dem persönlichen Vermögen, das er sich durch seine persönlichen Eigenschaften beim Sultan zu erobern wußte, Dank der Offenheit und Loyalität, mit der er, lediglich sachlichen Erwägungen folgend, niemals einer persönlichen Rücksicht nachgebend, auf dem schlüpfrigen Boden der orientalischen Interessenpolitik gleich von vornherein auftrat, Dank der weisen Zurückhaltung, die er in allen Fragen beobachtete, in denen Deutschlands Interessen nicht ins Spiel kamen. Es ist ein offenes Geheimniß, daß Hatzfeldt's Berufung nach Berlin ins Auswärtige Amt zu „Frictionen" Veranlassung gegeben hat, zu lebhaften, nebenher bemerkt, als man in weiteren Kreisen weiß oder auch nur ahnt. Ausführlicher darüber zu reden, erscheint nicht passend, genug, der „eiserne Kanzler", der niemals vor einem Hinderniß zurückschreckt, hat auch im vorliegenden Falle Das erreicht, was er wollte, und den Mann seines Vertrauens auf den Posten gebracht, zu dessen Ausfüllung er ihn vor allen Anderen befähigt hielt.

Zu den Wahlen in Preußen wird uns aus Berlin geschrieben: „Der heutige Tag bringt eine überaus folgenschwere Entscheidung über die fernere Gestaltung unseres politischen Lebens. Seit Wochen und Monaten ist Das, was auf dem Spiele steht, durch Reden, Flugblätter, Aufrufe und Zeitungen den Wählern so gründlich und eindringlich dargelegt worden, daß man wohl voraussetzen kann, Jeder, der überhaupt Sinn und Verständniß für unser politisches Leben hat, werde sich jetzt sein Urtheil gebildet und danach seine Entschließungen getroffen haben. Hundertmal Gesagtes und handgreiflich vor Augen Liegendes nochmals zu wiederholen, kann heute wohl unterbleiben. Ueber das Wahlergebniß wollen wir uns heute, wo möglicherweise in 24 Stunden überraschende Ereignisse bekannt werden könnten, vorsichtigerweise in keine Prophezeiungen einlassen. Gäbe es ein Mittel, die überwiegende Stimmung des Volkes, wie sie sich frei von allen äußeren Einflüssen aussprechen würde, zu ermitteln, so wären wir über das Ergebniß ohne Sorge. Indessen wir sind uns der ganz besonderen Schwierigkeiten, die vorherrschende öffentliche Meinung auf dem Wege des bestehenden preußischen Wahlrechts mit seinem Einfluß der Behörden und localen Autoritäten, seiner Bevorzugung der wohlhabenden Classen und seiner öffentlichen Abstimmung zur wahren Darstellung zu bringen, viel zu sehr bewußt, wir kennen die Macht der Gegner viel zu gut, als daß wir uns einer gefährlichen Siegeszuversicht hingeben sollten. Die Schwächung der conservativen, die Stärkung der liberalen Seite der Volksvertretung als Wahlresultat steht uns allerdings außer Zweifel; denn das bisherige Abgeordnetenhaus war infolge einer vorübergehenden Zeitströmung in einer Weise zusammengesetzt, die einer augenblicklichen Volksstimmung entsprechen mochte, niemals aber als Ausdruck der regelmäßigen dauernden politischen Ansichten betrachtet werden konnte und am wenigsten der jetzt herrschenden Stimmung entspricht. Wie stark in Zahlen sich der Umschwung der Stimmung aussprechen wird, das wollen und müssen wir dahingestellt sein lassen. Immer und immer wieder muß nur wiederholt werden: Thue jeder am heutigen Tage seine volle Schuldigkeit, im Bewußtsein dessen, was auf dem Spiele steht, und von wie geringen Mehrheiten oft die Entscheidung abhängen wird."

Der den preußischen Orthodoxen günstige Ausfall der kirchlichen Wahlen in einer Anzahl von Berliner Gemeinden hat im Lager der Conservativen begreiflicherweise lauten Jubel hervorgerufen und wird in noch übertriebenerer Weise gefeiert als er verdient. Es ist gar kein Zweifel, daß das zu Stande gebrachte Ergebniß nicht der überwiegenden Gesinnung der Gemeindeangehörigen entspricht, sondern nur durch eine bedauerliche Lässigkeit und Gleichgiltigkeit auf liberaler Seite herbeigeführt wurde, der eine außerordentlich energische und rührige Agitation auf conservativer Seite gegenüberstand. Die Siegessicherheit ist bei allen Wahlen eine gefährliche Eigenschaft. Es kam hinzu, daß in jüngster Zeit eine radicale Agitation auf kirchlichem Gebiet sich breit gemacht und den gemäßigten Liberalismus genau ebenso geschmäht und verdächtigt hatte, wie es auf politischem Gebiet dem „Dämmerungsliberalismus" seitens der „Entschiedenen" widerfährt. Der Radicalismus hat sich auch hier wieder als ein schlimmer Feind des Liberalismus bewährt, indem er gemäßigtere Elemente zurückschreckte. Möchte der Liberalismus die entsprechende Nutzanwendung aus jener Lehre ziehen! Vor allen Dingen aber muß die durch eigene Schuld der Liberalen erlittene Niederlage auf kirchlichem Gebiet eine ernste Mahnung sein, bei den unmittelbar bevorstehenden politischen Wahlen um so gewissenhafter und eifriger ihre Schuldigkeit zu thun. Es will uns scheinen, als nähme man, durch die langjährige Gewohnheit des Siegens verführt, in Berlin die gewaltigen Kraftanstrengungen der Gegner auch bei den Abgeordnetenwahlen vielfach allzu leicht.

Der preußische Cultusminister von Goßler hat die Aufhebung der vielbesprochenen Simultanschulen in Crefeld angeordnet und ist damit offenbar noch einen Schritt weiter gegangen als sein Vorgänger von Puttkamer, der doch nur der Errichtung neuer Schulen dieser Art Hindernisse bereitete, die bestehenden aber nicht angriff. Freilich hat man die Wirksamkeit der Crefelder Simultanschulen längst auf alle Weise zu unterbinden und zu lähmen gesucht.

„Man hat", schreibt die „Crefelder Ztg.", „die Simultanschulen bei uns nicht zu ruhiger Entwickelung kommen lassen, und sie kamen nicht dazu, weil ihre Gegner es so wollten, weil die Aufsichtsbehörde durch alle halbe und unberechtigten Beschwerden, durch alle Anschuldigungen und Ueberredungen, welche die hiesige ultramontane Nebenregierung aufbieten nicht müde wurde, zu immer neuen Untersuchungen und Verfügungen sich bestimmen ließ. Angesichts dieser Hetze und des Gebots, welches darin fand, haben wir vor zwei Jahren schon unsere Ansicht dahin ausgesprochen, lieber confessionelle Schulen als Simultanschulen, denen man das Leben unterbindet, die nicht zur Wohlheit werden sollen. Die Ultramontanen haben mit der erwähnten Ministerialverfügung wiederum einen Triumph davon getragen. Liberale! Ihr sehet, wohin es führt, wenn die Ultramontanen mächtig im Parlamente sind! Lasset uns daher unsere Anstrengungen verdoppeln, um dem Cultusminister die einzig richtige Antwort auf seine Verfügung zu geben: die Wahl eines liberalen Abgeordneten in Crefeld."

Wir wünschen diesen Anstrengungen den besten Erfolg. In Crefeld ist bekanntlich der frühere Abgeordnete, Herr Seyffardt, wieder als liberaler Candidat aufgestellt. Die Nachricht von der Aufhebung der Simultanschulen wurde gerade rechtzeitig bekannt, um in einer am Sonntag abgehaltenen großen liberalen Urwählerversammlung, in welcher Herr Professor Menzel aus Bonn und Herr Seyffardt redeten, berührt zu werden. Herr Seyffardt äußerte in seiner Rede: „In der Schule ist es der conservativ-klerikalen Verbindung gelungen, dem pfäffischen Einfluß erneut den Sieg zu verschaffen und dem gegenwärtigen Cultusminister den traurigen Muth zu stählen, entgegen seiner früheren Versicherung, die rechtlich nicht anzufechtende Stellung der Crefelder Simultanschulen zu schonen, ihre Aufhebung laut Verfügung der letzten Tage entgegen dem Gesetz zu decretiren." Die Angelegenheit wird voraussichtlich im künftigen Abgeordnetenhause, das hoffentlich eine conservativ-klerikale Mehrheit nicht mehr aufzuweisen haben wird, eingehend zur Sprache kommen und es wird geprüft werden müssen, ob der Bestand der seit Jahren eingerichteten Simultanschulen so von wechselnden und willkürlichen Entschließungen der Minister abhängig sein darf. Die Maßregel kommt gerade noch recht, um ihre Wirkung bei den Wahlen äußern